



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen

zu „Mieter:innen und Vermieter:innen in der Krise entlasten – Sozialen Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt herstellen“ (Drucksache 20 / 508)

### **Schleswig-Holstein entlastet alle von der aktuellen Situation Betroffenen auf dem Wohnungsmarkt**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig – Holsteinische Landtag erkennt an, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt zurzeit auch in unserem Land angespannt ist und die betroffenen Menschen schwer belastet.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem Handeln, die gegenwärtige Situation wirksam zu bewältigen und so die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger zu entschärfen. Insbesondere begrüßt der Landtag, dass sich die Landesregierung in einem fortwährenden Austausch mit den Verbänden der betroffenen Gruppen befindet.

Zum 1. Dezember trat bereits ein Schutzschirm in Höhe von 50 Millionen Euro für die Vermieterinnen und Vermieter im Land in Kraft.

Auch ist bereits die Wiedereinführung einer Kappungsgrenzenverordnung in Vorbereitung, ebenso wie die Einführung eines Wohnraumschutzgesetzes.

Die Landesregierung hat bereits in den ersten 100 Tagen im Rahmen ihres „OZG-Booster“ die digitale Beantragung von Wohngeld als weiteren Dienst erstellt und im kommunalen Onlinedienste-Shop bereitgestellt. Seither läuft der kommunale Rollout, der eng von der Landesregierung begleitet wird.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung für eine Wohngeldreform wurde mit allen Beteiligten unter Federführung der Landesregierung eine Task Force eingerichtet, um die notwendige Überarbeitung des Online-Dienstes vorzunehmen und die Einführung in den Kommunen zu unterstützen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung um Prüfung und Umsetzung folgender weiterer Maßnahmen:

- Eine wohlabgewogene Anpassung der Mietgrenzen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung;
- Die Erhöhung der Förderung pro Quadratmeter in der sozialen Wohnraumförderung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten;
- Die fortlaufende Unterstützung der Kommunen bei der Einführung der digitalen Wohngeldbeantragung;
- Fortsetzung des Sonderprogrammes der sozialen Wohnraumförderung für von Armut und Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte einschließlich der notwendigen Begleitmaßnahmen;
- Förderung der Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln für Gemeinden über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, um die Transparenz auf dem Wohnungsmarkt zu erhöhen.

Michel Deckmann  
und Fraktion

Jan Kürschner  
und Fraktion